

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert**

**Baden / Ständeversammlung**

**Karlsruhe, 1819 - 1918**

Beilagen zur 11. Sitzung (13.05.1912)

**urn:nbn:de:bsz:31-28968**

**N<sup>o</sup> 61.**

Beilage zum Protokoll der 11. Sitzung der Badischen Ersten Kammer  
vom 13. Mai 1912.

**Bericht**

der

**Budgetkommission der Ersten Kammer**

über

das Budget des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen,  
Titel IV—XII der Ausgaben,  
Titel I und II der Einnahmen.

Erstattet von Dr. Freiherrn von Ia Roche-Starkenfels.

Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren!

In ihren Sitzungen vom 28. März, 29. und 30. April und 1. Mai hat die Hohe Zweite Kammer die oben bezeichneten Teile des Budgets unverändert angenommen. Auch in Ihrer Budgetkommission wurde keine Beanstandung erhoben.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Ausgabe.****Titel IV. Oberlandesgericht.**

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	276 640 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	281 190 "
gegen früher jährlich weniger . . . . .	4 550 <i>M</i>

Die Zahl der Beamten ist von 38 auf 36 zurückgegangen, indem dem Oberlandesgericht seither 4 Schreibbeamte zugeteilt waren, von denen 2 fortgefallen sind. Eine Darstellung des Geschäftsstandes des Groß-Oberlandesgerichtes während der Jahre 1909—1910 siehe Anlage 1 des Berichtes der Zweiten Kammer.

#### Titel V. Landgerichte.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	1 333 760 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	1 344 370 "
gegen früher jährlich weniger . . . . .	10 610 <i>M</i>

Die Zahl der Richter bleibt gleich. Dagegen vermindert sich das Personal der Sekretariate um 15 Stellen, so daß bei den Landgerichten künftig nur noch 221 Beamte statt bisher 236 angestellt sein werden.

Der Geschäftsstand der Landgerichte während der Jahre 1909 und 1910 ist in Anlage 2 zum Bericht der Zweiten Kammer dargestellt.

#### Titel VI. Staatsanwaltschaft.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	415 090 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	396 260 "
gegen früher jährlich mehr . . . . .	18 830 <i>M</i>

Durch die Zuweisung von 4 Bureaubeamten steigt die Zahl der Beamten von 58 auf 62. Im übrigen ist ein Mehraufwand durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.

#### Titel VII. Amtsgerichte.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	2 549 410 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	2 347 575 "
gegen früher jährlich mehr . . . . .	201 835 <i>M</i>

Es werden 4 weitere Richterstellen angefordert; je eine bei den Amtsgerichten in Karlsruhe, Heidelberg, Offenburg und Triberg; im Ganzen 127 statt bisher 123.

Der Grund liegt in der Geschäftsvermehrung, welche infolge der Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit eingetreten ist.

Das Gerichtschreibereipersonal der Amtsgerichte soll um 23 Stellen vermehrt werden, so daß die Gesamtzahl der Beamten an den Amtsgerichten von 669 auf 696 steigen wird.

Der Geschäftsstand sämtlicher Amtsgerichte in den Jahren 1909 und 1910 ist in Anlage 3, der Geschäftsstand der Amtsgerichte Karlsruhe, Heidelberg, Offenburg und Triberg ist in Anlage 4 des Berichtes der Zweiten Kammer enthalten.

#### Titel VIII. Notariats- und Grundbuchwesen.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	2 682 430 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	2 615 402 "
gegen früher jährlich mehr . . . . .	67 028 <i>M</i>

Zwei Notariate — in Wiesental und Eichstetten — sind aufgehoben.

Trotzdem steigt die Zahl der Beamten von bisher 284 auf 288.

Der Mehraufwand an Gehältern beträgt infolge anfallender Zulagen 34 200 *M* und der Mehraufwand an Wohnungsgeld 7 900 *M*. Die Vergütungen und sonstigen Bezüge des nichtetatmäßigen Personals erfordern ein Mehr von 13 210 *M*. Im Laufe der Budgetperiode 1912/13 werden voraussichtlich zwei weitere Hilfsnotarsstellen in Wegfall kommen.

Gestiegen sind ferner:

- § 5: Bezüge der Grundbuchhilfsbeamten und des Kanzleipersonals der Grundbuchämter von jährlich 550 000 auf 589 740 *M* = mehr 39 740 *M*.  
 § 6 b: Umzugskosten von jährlich 10 930 *M* auf 17 030 = mehr 6100 *M*.  
 § 7: Sonstige persönliche Ausgaben von jährlich 1500 *M* auf 1890 *M* = mehr 390 *M*.  
 § 10: Miet- und Wasserzinsen für Notariatsdienst- und Wohnräume von jährlich 107 000 *M* auf 113 000 *M* = mehr 6000 *M*.  
 § 12: Versendungskosten, Telegramm- und Fernspreckgebühren von jährlich 25 612 *M* auf 30 000 *M* = mehr 4388 *M*.

Dagegen sind geringer geworden:

- § 6 a: Dienstreisekosten; bisher jährlich 276 070 *M*, künftig 257 200 *M* = weniger 18 870 *M*.  
 § 8: Stellvertretung und Dienstaushilfe; bisher jährlich 42 300 *M*, künftig 32 410 *M* = weniger 9890 *M*.  
 § 11: Sachlicher Dienstbedarf der Grundbuchämter; bisher jährlich 30 000 *M*, künftig 15 000 *M* = weniger 15 000 *M*.  
 § 13: Verschiedene und zufällige Ausgaben; bisher jährlich 3800 *M*, künftig 2660 *M* = weniger 1140 *M*.

Da die Umschreibung der Grundbücher größtenteils beendet ist, war eher ein Rückgang der Ausgabe unter Titel VIII zu erwarten.

Nach den Erläuterungen zum Staatsvoranschlag 1910/11 war ein solcher Rückgang insbesondere bei § 5 (Bezüge der Grundbuchhilfsbeamten und des Kanzleipersonals der Grundbuchämter) zu gewärtigen, während auch hier, wie bereits erwähnt, eine Steigerung der Kosten nach dem Rechnungsdurchschnitt von 550 000 auf 589 740 *M* vorgesehen wird.

Der gleiche Posten, welcher einigermaßen ein Bild von den Gesamtkosten des Grundbuchwesens gibt, betrug nach dem Rechnungsergebnis:

1904 . . . . .	671 388 <i>M</i>	
1905 . . . . .	590 836 "	
1906 . . . . .	599 637 "	
1907 . . . . .	544 405 "	
1908 . . . . .	588 117 "	
1909 . . . . .	589 740 "	} (Rechnungsdurchschnitt!)
1910 . . . . .	589 740 "	

#### **Titel IX. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**

##### **A. Ordentlicher Etat.**

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	1 881 750 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	1 748 674 "
gegen früher jährlich mehr . . . . .	133 076 <i>M</i>

Die Steigerung der Kosten tritt in den meisten Paragraphen zu Tage und bildet das Ergebnis des Rechnungsdurchschnitts.

Die Zustellungsgebühren (§ 10) sind allein von 111 120 *M* auf 178 550 *M* = mehr 67 430 *M* angewachsen. Dieser Mehraufwand wird erklärt mit der seit 1. April 1910 in Wirksamkeit getretenen Zivilprozeßnovelle, es steht aber der Mehrausgabe eine entsprechende Mehreinnahme an Gerichtskosten gegenüber.

## B. Außerordentlicher Etat.

In 9 Paragraphen werden 812 420 *M* angefordert.

Die Hauptposten sind:

- § 1: Erwerbung eines Bauplatzes für das Justizgebäude in Offenburg 101 500 *M*.  
 § 2: Ankauf des Hauses Akademiestraße Nr. 4 in Karlsruhe für Diensträume des Amtsgerichts 58 720 *M*.  
 § 3: Erwerbung des früheren Domänenamtsgebäudes in Wiesloch für Diensträume des Notariats 70 000 *M*.  
 § 4: Erweiterung und Umbau der Justizgebäude in Freiburg, I. Teilforderung 280 000 *M*, ist bereits in der 8. Sitzung vom 19. April erledigt worden.  
 § 5: Neubau eines Amtsgefängnisses in Bühl 106 000 *M*.  
 § 6: Neubau für das Amtsgericht in Wiesloch einschließlich der inneren Einrichtung 160 000 *M*.

Wegen der Begründung der einzelnen Anforderungen wird auf die Erläuterungen Seite 33 verwiesen.

## Titel X. Strafanstalten.

## A. Ordentlicher Etat.

Voranschlag für 1 Jahr . . . . .	1 798 140 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	1 740 152 "
jährlich mehr . . . . .	57 988 <i>M</i>

Die Zahl der Beamten ist von 204 auf 218 gestiegen.

Der Staatsbeitrag an die Zentralleitung des Landesverbandes der badischen Bezirksvereine für Jugendschutz und Gefangenenfürsorge zur Förderung des Schutzwesens für entlassene Gefangene (§ 16) ist von 7200 *M* auf 12 200 *M* erhöht worden, somit jährlich mehr 5000 *M*.

Es wird auf die Erläuterung Seite 41 Bezug genommen, wonach den 5 Schutzvereinen, die sich am Orte eines Jugendgerichts befinden, jährlich je 1000 *M* zugewendet werden sollen.

## B. Außerordentlicher Etat.

In 3 Paragraphen werden 352 860 *M* angefordert, davon sind 332 000 *M* für den Ausbau des 3. Flügels des Landesgefängnisses Mannheim bestimmt. (S. Erläuterungen S. 43.)

## Titel XI. Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	21 235 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	20 560 "
jährlich mehr . . . . .	675 <i>M</i>

## Titel XII. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	46 230 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	42 789 "
jährlich mehr . . . . .	3 441 <i>M</i>

**Einnahme.****Titel I. Justizverwaltung.****A. Ordentlicher Etat.**

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	301 400 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	273 920 "
jährlich mehr . . . . .	27 480 <i>M</i>

**B. Außerordentlicher Etat.**

Brandentschädigung für das Amtsgefängnis Donaueschingen 9590 *M*.

**Titel II. Strafanstalten.**

Voranschlag für ein Jahr . . . . .	1 069 690 <i>M</i>
seitheriger Budgetsatz . . . . .	1 055 770 "
jährlich mehr . . . . .	13 920 <i>M</i>

Ihre Budgetkommission, Durchlauchtigste, Hochgeehrteste Herren, stellt den

**Antrag:**

Hochs Erste Kammer wolle Titel IV—XII der Ausgaben und Titel I und II der Einnahmen des Budgets des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen in Übereinstimmung mit dem Beschlusse der Hohen Zweiten Kammer genehmigen.